NACHRICHTEN AG

03. Juni 2025

Zukunft der Asylpolitik: Bundesregierung plant umstrittene Änderungen!

Migrationsrechtsexperte Kluth äußert Bedenken zu Asyl-Zurückweisungen. Bundesregierung plant neue Maßnahmen, die Grundrechte betreffen.

Frankfurt (Oder), Deutschland - Der Migrationsrechtsexperte Winfried Kluth äußert derzeit Besorgnis über die Rechtslage bei den Zurückweisungen von Asylsuchenden an deutschen Grenzen. Trotz der Feststellung des Verwaltungsgerichts Berlin, das solche Zurückweisungen für rechtswidrig erklärt hat, plant die Bundesregierung unter Leitung von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) eine andere Vorgehensweise als frühere Regierungen. Kluth betont, dass die Unsicherheiten bestehen bleiben, besonders solange nicht geklärt ist, welcher EU-Staat für den Asylantrag zuständig ist. Insbesondere das Schicksal von drei Somaliern, die von Frankfurt (Oder) nach Polen zurückgeschickt wurden, wirft Fragen auf.

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) hat am 7. Mai die Intensivierung der Grenzkontrollen angeordnet. Zukünftig sollen Asylsuchende an der Grenze zurückgewiesen werden, wobei Ausnahmen für Kinder und schwangere Frauen bestehen. Trotz der rechtlichen Bedenken, die Kluth hervorhebt, plant Dobrindt, die Praxis nicht zu ändern und ein Hauptsache-Verfahren anzustreben, um möglicherweise rechtliche Unterstützung zu gewinnen. Kluth macht darauf aufmerksam, dass die neue Bundesregierung möglicherweise versucht, durch eine Anpassung der Rechtsprechung mehr Spielräume zu gewinnen.

Migrationspolitik und öffentliche Sicherheit

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Frankfurt (Oder), Deutschland
Quellen	• www.suedkurier.de • www.institut-fuer-menschenrechte.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net